



Vietnam 2025

Sozialistische Republik Vietnam

Die Regierung nutzte weiterhin vage Bestimmungen des Strafgesetzbuchs und versuchte, zusätzliche neue Gesetze einzuführen, um abweichende Meinungen zu bekämpfen und die Meinungsfreiheit einzuschränken, was zu weiteren willkürlichen Festnahmen und Inhaftierungen führte. Die Bedenken hinsichtlich der Misshandlung von Aktivist*innen in Gefängnissen im ganzen Land hielten an. Es gab weder einen gesetzlich verankerten noch in der Praxis wirksamen Schutz der Rechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LGBTI+). Die Regierung schaffte die Todesstrafe für acht Straftaten ab.

Hintergrund

Im Rahmen von Reformen wurden 63 Provinzen und Städte zu 34 Verwaltungseinheiten zusammengeführt. Dies wurde von vielen als Versuch von Tô Lâm, dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Vietnams, angesehen, vor dem Parteitag 2026 Kontrollmechanismen zu zentralisieren.

Vietnam wurde bis 2028 als Mitglied des UN-Menschenrechtsrats (UNHRC) wiedergewählt. Der UN-Menschenrechtsausschuss prüfte die Menschenrechtssituation des Landes und äußerte Bedenken hinsichtlich grenzüberschreitender Repression, Folter, Haftbedingungen, Meinungsfreiheit und des Rechts auf faire Gerichtsverfahren.

Meinungsfreiheit

Journalist*innen und Aktivist*innen

Lange Haftstrafen wurden weiterhin als Mittel zur Unterdrückung abweichender Meinungen eingesetzt. Der prominente Journalist Đoàn Bảo Châu war wegen seiner Berichterstattung und Kritik an der Regierung ständigen Schikanen ausgesetzt. Im August klagte die Polizei ihn gemäß Artikel 117 des Strafgesetzbuchs an, der „Propaganda gegen den Staat“ unter Strafe stellt. Die Anklage bezog sich auf sechs Videos und Interviews, die er mit internationalen Medien über soziale Themen und Menschenrechtsverletzungen in Vietnam geführt hatte. Im Falle einer Verurteilung drohen ihm bis zu 20 Jahre Haft.

Im August wurde eine für den vietnamesischen Dienst der BBC arbeitende Journalistin verhört und daran gehindert, das Land zu verlassen, nachdem sie zur Verlängerung ihres Reisepasses eingereist war.



Im Jahr 2025 verhaftete und verfolgte die Polizei mindestens 43 Personen, darunter Bürger*innen, Aktivist*innen und Journalist*innen, unter Berufung auf die weit gefassten und vage formulierten Artikel 109, 116, 117 und 331 des Strafgesetzbuchs. Sie rückten allein deshalb ins Zentrum der Aufmerksamkeit, weil sie ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen hatten.

Im Oktober äußerten zivilgesellschaftliche Akteure Bedenken hinsichtlich eines vorgeschlagenen Pressegesetzes, das Journalist*innen dazu verpflichten könnte, ihre Quellen gegenüber der Polizei offenzulegen.

Unterdrückung abweichender Meinungen

Im August gründete das Ministerium für öffentliche Sicherheit die *Digital Trust Alliance*, eine nationale Koalition, die angeblich der Bekämpfung von Falschinformationen dient. Zivilgesellschaftliche Organisationen betrachteten die neue Allianz jedoch als eine weitere Plattform zur Verstärkung der Regierungspropaganda. Die Koalition umfasste mehr als 300 „wichtige Meinungsführer*innen“ und Influencer*innen aus dem ganzen Land. Diese neue Initiative ergänzte die bereits bestehenden Projekte *Committee 35* und *Force 47*, die von Polizei und Militär betrieben werden. Diese Projekte zielten darauf ab, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und abweichende Stimmen unter dem Deckmantel der „Bekämpfung von Desinformation und Fake News“ zu unterdrücken. Im September legte das Ministerium für öffentliche Sicherheit einen Vorschlag zur Änderung des Cybersicherheitsgesetzes von 2018 vor. Der Änderungsentwurf verpflichtet Internetanbieter, die IP-Adressen von Nutzer*innen an die Polizei weiterzugeben, Inhalte zu entfernen und ihre Dienste nach einer Aufforderung durch die Polizei innerhalb von 24 Stunden auszusetzen. Der Vorschlag weckte Bedenken hinsichtlich des Rechts auf Privatsphäre und der Meinungsfreiheit im Internet.

Die Polizei nutzte Gesetze wie das Dekret Nr. 14/2022/ND-CP, das die Verbreitung von „illegalen Inhalten“ oder „Desinformation und Verleumdung“ unter Strafe stellt, um Geldstrafen gegen Bürger*innen zu verhängen, die in sozialen Medien Kritik an der Politik der Regierung und der Polizei äußerten. Diese Verwaltungsstrafen lagen zwischen 5.000.000 und 10.000.000 vietnamesischer Dong (VND) (190 bis 380 USD). Im November drohte die Polizei in verschiedenen Provinzen den Betreiber*innen zahlreicher Social-Media-Konten mit Strafen und verhängte diese, weil sie „falsche Informationen“ über die verheerenden Überschwemmungen und Erdbeben, die das Land heimgesucht hatten, sowie über die humanitären Hilfsmaßnahmen der Regierung gepostet hätten. Allein in der Provinz Đắk Lắk bearbeitete die Polizei mindestens 52 Fälle.

Folter und andere Misshandlungen

Die Sorge um die Gesundheit inhaftierter Aktivist*innen hielt an, da ihnen der Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung verwehrt blieb. Der Landrechtsaktivistin Cấn Thị Thêu wurde der Zugang zu ihren medizinischen Unterlagen verweigert, obwohl große Sorge um ihr Wohlergehen bestand.^[1] Auch hinsichtlich der Gesundheit anderer inhaftierter Journalisten, darunter Lê Hữu Minh Tuấn, Phạm Chí Dũng und Nguyễn Tường Thụy, gab es Besorgnis.

Inhaftierte Menschenrechtsverteidiger*innen, darunter der Musiklehrer Đặng Đăng Phước, der pro-demokratische Aktivist Lê Đình Lượng, der Umweltaktivist Hoàng Đức Bình, der Aktivist Bùi Tuấn Lâm



und der Landrechtsaktivist Trịnh Bá Tư, wurden im Gefängnis harten Strafen ausgesetzt. Dazu gehörten zehn Tage in Fußfesseln, wochenlange Einzelhaft und eingeschränkte Familienbesuche.

Am 2. September starb der Dissident Vương Văn Thả im An-Phước-Gefängnis in der Provinz Bình Dương. Im Jahr 2017 hatte er eine zwölfjährige Haftstrafe wegen „Propaganda gegen den Staat“ angetreten. Seine Familie bestritt die offizielle Darstellung, er habe Selbstmord begangen, und forderte eine unabhängige Untersuchung seines Todes, wurde jedoch von den Behörden schikaniert.

Willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen

Am 28. August wurden im Vorfeld des Nationalfeiertags am 2. September mindestens fünf Menschenrechts- und Demokratieaktivist*innen festgenommen und inhaftiert. Die Polizei erklärte, gegen sie werde gemäß Artikel 117 des Strafgesetzbuchs ermittelt, und sie würden mindestens bis zum ersten Quartal 2026 in Haft bleiben.

Rechte von LGBTI+

Lesbische, schwule, bisexuelle, trans und intergeschlechtliche Menschen (LGBTI+) waren aufgrund fehlenden rechtlichen Schutzes weiterhin gefährdet. Die Gesetze zu Ehe und Familie erkannten gleichgeschlechtliche Ehen nicht an. Das Fehlen von Regelungen für Lesbische, schwule, bisexuelle, trans und intergeschlechtliche Menschen (LGBTI+) in Bezug auf die Adoption von Kindern, medizinische Versorgung oder die Eigentumsrechte unverheirateter Paare setzte sie weiterhin Diskriminierung aus. Die Rechte von Transgender-Personen blieben in der Schwebe; der Gesetzentwurf zur Geschlechtsanerkennung verzögerte sich bereits im zehnten Jahr. Regierungsfreundliche Desinformationskampagnen verstärkten die durch Technologie ermöglichte geschlechtsspezifische Gewalt gegen Lesbische, schwule, bisexuelle, trans und intergeschlechtliche Menschen (LGBTI+) im Internet. Die Viet-Pride-Parade in Ho-Chi-Minh-Stadt wurde zum ersten Mal seit 13 Jahren abgesagt, während andere Pride-Veranstaltungen nach Schikanen durch lokale Behörden Zensur oder Absagen erfuhrten.

Recht auf eine gesunde Umwelt

Im Januar führte die Luftverschmutzung die weltweiten Ranglisten an. Im März lag die Feinstaubkonzentration (PM 2,5) in der Hauptstadt Hanoi beim 25-fachen der World Health Organization-Grenzwerte, was Schulschließungen erzwang und den Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung beeinträchtigte, insbesondere für gefährdete Bevölkerungsgruppen. Die Bedenken hinsichtlich des für Juli 2026 geplanten Verbots von Benzfahrzeugen in Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt hielten an. Während die Regierung das Verbot als Mittel zur Verringerung der Luftverschmutzung und zur Unterstützung der Netto-Null-Ziele anpries, warnten Kritiker, es könne einkommensschwache Motorradfahrer*innen benachteiligen, sofern keine erschwinglichen sauberen Alternativen angeboten würden.

Todesstrafe

Vietnam schaffte die Todesstrafe für acht Straftaten ab und ersetzte sie ab Juli durch lebenslange Haft. Allerdings geben das Fehlen eines ordnungsgemäßen Verfahrens bei Kapitalverbrechen und die Geheimhaltung rund um die Anwendung der Todesstrafe weiterhin Anlass zur Sorge, dass weiterhin Todesurteile verhängt werden.

[1] ["Viet Nam: Grave concern for imprisoned activist's health", 27 August](#)